

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



Stellungnahme
des Sozialverbands VdK Deutschland e. V.
zum
4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
„Lebenslagen in Deutschland“

Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Abteilung Sozialpolitik
Wurzerstraße 4a
53175 Bonn
Telefon: 0228 82093 - 0
Telefax: 0228 82093 - 46
e-mail: kontakt@vdk.de

Bonn, den 28.11.2012

Inhaltsverzeichnis

I.	Zur Konzeption des 4. Armuts- und Reichtumsberichts	3
II.	Entwicklung der Kernindikatoren	3
	1. Verteilung materieller Ressourcen	3
	2. Bildungschancen	6
	3. Mitteleinsatz in der Bildungspolitik	7
	4. Erwerbstätigkeit	8
	5. Erwerbstätigkeit von Frauen, Armutsrisiken in Familien	10
	6. Lebenslanges Lernen	11
	7. Gesundheit	12
	8. Existenzsicherung im Alter	13
	9. Vermögen	15

I. Zur Konzeption des 4. Armuts- und Reichtumsberichts

Als Ziel des Berichts bezeichnet die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme der sozialen Lage in Deutschland. Es werden die Entwicklungen der Jahre 2007 bis 2011 dargestellt und analysiert. Die Daten sollen die Grundlage für eine empiriegestützte Politik sein. Es handelt sich ausdrücklich nicht um einen Trendreport mit Szenarien und Prognosen aufgrund von Modellrechnungen. Die Gliederung des Berichts orientiert sich an den Lebensphasen des Menschen: frühe Jahre, jüngere, mittleres und älteres Erwachsenenalter. Für jede Lebensphase sollen entscheidende Übergänge zu mehr oder weniger Teilhabe (soziale Mobilität) benannt werden. Pro Lebensphase schließen sich dann die im Berichtszeitraum implementierten Maßnahmen der Politik im Sinne verbesserter Aufstiegschancen an.

Bewertung

Den Ansatz halten wir für sachgerecht. Die Beschränkung auf eine Zustandsbeschreibung greift aber zu kurz. Eine aktive Sozialpolitik muss auch realistische Trends aufgreifen, um durch präventive oder korrektive Maßnahmen sich abzeichnende Risiken wie z. B. die drohende Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

Bei den schon ergriffenen Maßnahmen handelt es sich schwerpunktmäßig um Projekte und Programme und nicht um gesetzliche Maßnahmen im Bereich der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Faktisch werden auch nur Vorhaben der Regierungskoalition genannt und nicht alternative Lösungswege diskutiert (z. B. keine weitere Absenkung des Rentenniveaus auch beim Mindestlohn finden sich nur Vorstellungen der Regierungskoalition). Aufgabe der Politik ist es, frühzeitig Armutsrisiken zu erkennen und gegenzusteuern. Gerade wenn sich Strukturen verfestigt haben, ist die Situation de facto kaum oder nur mit enormem Aufwand wieder umkehrbar.

II. Entwicklung der Kernindikatoren

1. Verteilung materieller Ressourcen

Nach dem Bericht belegen die Daten insgesamt eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland.

Als Indikatoren werden dazu herangezogen, dass in den vergangenen Jahren

- die Entwicklung des Arbeitsmarktes gut war,
- neue Arbeitsplätze trotz Krise aufgrund der Arbeitsmarktreformen geschaffen wurden,
- die Arbeitslosenquote Jugendlicher halbiert wurde,
- die Langzeitarbeitslosigkeit zurückgegangen ist,

- die Zahl der Kinder und Erwerbsfähigen im SGB II-Bezug rückläufig ist.

Negative Faktoren, die einer positiven Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung entgegen stehen:

- die **konstante Armutsrisikoquote**: Demgegenüber steht, dass die Armutsrisikoquote von 1998 bis zum Jahr 2005 anstieg und im Berichtszeitraum ab dem Jahr 2007 relativ konstant bei rund 15 Prozent lag.
- die **Niedriglohnquote**: Die wichtigste Einkommensquelle privater Haushalte ist die Erwerbstätigkeit. Knapp ein Viertel der abhängig Beschäftigten beziehen dabei einen relativ niedrigen Bruttostundenlohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohnes liegt. Dieser Anteil ist seit 2000 bis 2007 von gut 20 Prozent kontinuierlich auf rund 24 Prozent angestiegen und schwankt seitdem bei rund 23 Prozent. In Deutschland arbeiteten in 2010 knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro.
- Ungleiche **Vermögensverteilung**: Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und 2009 um knapp 700 Mrd. Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf fast 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Im Berichtszeitraum zwischen 2007 und 2012 stieg das private Nettovermögen um 1,4 Billionen Euro.¹

Die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung verfügen nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen. Der Anteil des obersten Dezils ist dabei im Zeitverlauf immer weiter gestiegen.

Bewertung

Die Werte zu Armutsquote, Niedriglohnquote und Einkommens- und Vermögensverteilung rechtfertigen nicht die insgesamt positive Bewertung der Bundesregierung. Vielmehr sind hier erschreckende Entwicklungen festzustellen.

Im ersten Entwurf des Armutsbericht war zumindest von einer richtigen politischen Maßnahme die Rede, die Bundesregierung wollte prüfen, wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden könnte.² Aber selbst diese Absichtserklärung ist nun im endgültigen Bericht nicht mehr zu finden.

Zur Entwicklung der Armutsrisikoquote schreibt die Bundesregierung, dass die Armutsrisikoquote keine Information über den Grad individueller Bedürftigkeit geben würde. Die Bundesregierung erläutert, dass die Armutsrisikoquote im Berichtszeitraum relativ konstant zwischen 14 und 16 Prozent lag. Allerdings zeigen aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass die Armutsgefährdungsquote nach Mikrozensus von 14,3 Prozent in 2007 auf 15,1 Prozent in 2011 angestiegen ist.³ Die

¹ 4. Armuts- und Reichtumsbericht Entwurf vom 17.09.2012, Seite XXXIX.

² 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand 21.11.2012. S. 462

³ <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>

Armutsrisikoquote hat sich also auf einem relativ hohen Niveau eingependelt. Obwohl die Armutsgefährdungsquote steigt benennt die Bundesregierung nicht, welche Maßnahmen zum Abbau und zur Vermeidung von Armut sie konkret ergreifen will. Vielmehr besteht das Prinzip Hoffnung, dass sich die Entwicklung von selbst durch eine positive Wirtschafts- und Lohnentwicklung bessern wird. Dabei ist in der Vergangenheit gerade durch Deregulierung und Liberalisierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik diese Fehlentwicklung verursacht worden.

Die positive Gesamtbewertung der Bundesregierung wird auf die Arbeitsmarktstatistik und Grundsicherungsstatistik reduziert. Dies ist darüber hinaus eine pauschale Verkürzung. Der Abbau der Arbeitslosigkeit laut Statistik entspricht nicht der Wirklichkeit, da bei der Arbeitslosenzahl viele Menschen nicht erfasst sind. Als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gilt jede Beschäftigung über 15 Stunden wöchentlich. Zudem wurde hier nicht die Qualität der Beschäftigung berücksichtigt, wie befristete Tätigkeiten, Minijobs, Leiharbeit, Solo-Selbstständige und Beschäftigungen in Teilzeit. Dabei ist der Gesamtumfang der atypischen Beschäftigungen seit den frühen 1990er Jahren von ca. 20 Prozent auf inzwischen mehr als ein Drittel - 38 Prozent - der Gesamtbeschäftigung angestiegen.⁴

Trotz der festgestellten positiven Entwicklung lebten 2011 immer noch 15 Prozent aller Kinder in Bedarfsgemeinschaften. 1,66 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften kann man nicht als Erfolg feiern. Die gesunkene Zahl der betroffenen Kinder unter 15 Jahren von 1,89 Mio. auf 1,66 Mio. in Bedarfsgemeinschaften ist auch nur auf dem ersten Blick positiv. Denn die Zahl der Kinder, die in Haushalten mit Bezug des Kinderzuschlags leben, ist von 61 000 im Jahr 2008 auf 219 000 in 2011 deutlich angestiegen. Durch den Bezug des Kinderzuschlags wird der Bezug von Arbeitslosengeld II vermieden. Somit hat sich ein Teil der Kinderarmut nur in ein anderes Hilfesystem verlagert und stagniert insgesamt auf hohem Niveau. Dabei ist die Inanspruchnahme des Kindergeldzuschlags angesichts des Ausmaßes von Kinderarmut in Deutschland noch immer gering. Genaue Zahlen über die Entwicklung, die Ursachen und politische Handlungsstrategien zur Kinderarmut fehlen in dem Bericht.

Dabei gibt der Familienreport 2011 des Bundesfamilienministeriums an, dass gegenwärtig ca. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,5 Millionen Haushalten in Deutschland leben, welche über ein Einkommen verfügen, das unterhalb von 60 Prozent des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18-jährigen liegt damit bei 19,4 Prozent. Etwa jedes fünfte Kind bzw. jeder fünfte Jugendliche im Alter von sechs bis unter 18 Jahren gilt als armutsgefährdet.⁵

⁴ Keller, Berndt / Schulz, Susanne / Seifert, Hartmut: Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010 WSI-Diskussionspapier, Nr. 182; Oktober 2012 (10/2012). http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_182.pdf S. 1. [Entwicklungen und Strukturmerkmale der atypisch Beschäftigten in Deutschland bis 2010](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_disp_182.pdf).

⁵ Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. S. 98. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienreport-2011.property=pdf.bereich=bmfsfj.sprache=de.rwb=true.pdf>

2. Bildungschancen

Der Bericht gibt an, dass das deutsche Bildungssystem heute weniger als andere europäische Bildungssysteme (insb. Finnland und Dänemark) in der Lage ist, benachteiligte Kinder in ihren aktuellen Klassenverbänden zu fördern und damit familiär bedingte Bildungsungleichheiten auszugleichen. Wesentliche Ursache ist, dass es noch immer an angemessener Kinderbetreuung und Ganztagschulen fehlt. Der Bericht führt auch aus, dass der Mitteleinsatz in Deutschland für die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern unter sechs Jahren im internationalen Vergleich immer noch weit unterdurchschnittlich ist.

Als Maßnahme wird u. a. vorgeschlagen:

Die Bundesregierung setzt sich im Nationalen Aktionsplan dafür ein, dass inklusives Lernen in Deutschland eine Selbstverständlichkeit wird. Jedes Kind hat Anspruch auf individuelle Unterstützung, Entwicklung und Bildung. Es gilt, das bestehende ausdifferenzierte Fördersystem zu nutzen, um alle Schüler und Schülerinnen unter einem Dach zu unterrichten.

Desweiteren soll geprüft werden, wie die Finanzausstattung des Bundes durch neue Einnahmequellen verbessert werden kann.

Bewertung

Als Maßnahmen gibt der Bericht an, dass die Betreuungsquote für Kinder ab einem Jahr sich mehr verdoppelt habe, zudem würde die Sprach- und Integrationsförderung unterstützt werden. Doch auf der anderen Seite gibt die Regierung an, dass der Mitteleinsatz in Deutschland für die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern unter sechs Jahren im internationalen Vergleich immer noch weit unterdurchschnittlich sei.⁶ Wie viele Mittel konkret, wann und wofür zur Förderung der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt sind, wird nicht benannt. Auch hier fehlen konkrete, auf der ausführlichen Zustandsbeschreibung basierende Handlungen der Bundesregierung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass immer nur festgestellt wird, dass benachteiligte Kinder mangels Ganztagsbetreuung nicht ausreichend gefördert werden können.

Wenn man inklusive Bildung will, muss man die Voraussetzungen in den Schulen schaffen und Eltern einen entsprechenden Rechtsanspruch einräumen. Derzeit zieht sich der Bund unter Berufung auf den Föderalismus aus der Verantwortung. Das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot im Bildungsbereich ist schädlich. Mit der Anerkennung der Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland gemäß Artikel 24 als Vertragsstaat dazu verpflichtet, Lernenden mit Behinderungen den diskriminierungsfreien Zugang zu einem hochwertigen inklusiven Bildungssystem zu sichern. Das bedeutet auch, dass die Bundesregierung gleichermaßen in der Pflicht ist Maßnahmen für eine Umsetzung zu ergreifen.

⁶ 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand 21.11.2012, Seite XVIII.

3. Mitteleinsatz in der Bildungspolitik

Eine pädagogisch qualifizierte Betreuung in den ersten Lebensjahren beeinflusst maßgeblich Entwicklungs-, Teilhabe und Aufstiegschancen und weitere Bildungserfolge von Kindern. Umgekehrt gilt: Kompetenzlücken, die entstehen, weil Kindern Förderung und Bildung am Lebensanfang fehlen, kulminieren im Lebensverlauf und sind später nur mit mehrfachem Mitteleinsatz zu schließen.

Doch trotz der in den letzten Jahren getätigten Investitionen ist der Mitteleinsatz in Deutschland für die frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern unter sechs Jahren mit zwischen 2003 und 2008 stabilen 0,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt immer noch weit unterdurchschnittlich. In Dänemark und Schweden beträgt dieser Anteil das Dreifache.

Desweiteren werden die bereitgestellten Mittel des Bundes für das Bildungs- und Teilhabepaket benannt.

Bewertung

Die geringen Investitionen in Bildung sind für den Bildungsstandort Deutschland beschämend.

Als Maßnahme nennt der Bericht eine bessere Finanzausstattung für Bildung durch neue Einnahmequellen. Doch insbesondere vor dem Hintergrund der im Bericht durchgängig betonten Relevanz von Bildung ist dies keine befriedigende Maßnahme, sondern allenfalls eine Absichtserklärung im Sinne eines Prüfungsauftrags.

Die Bereitstellung der Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket hat sich als nicht geeignet erwiesen. Nach Auswertungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind 2011 nur etwa ein Fünftel der vorgesehenen Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket tatsächlich ausgegeben worden; d. h. von vorgesehenen 778 Millionen Euro in 2011 flossen nach Angaben des DGB nur 130 Millionen Euro für das Bildungspaket ab. Zudem werden Zuschüsse an Leistungen versprochen, die den Kindern vielerorts gar nicht angeboten werden.

Nach Meinung des Sozialverbandes VdK ist deshalb vor allem ein massiver Ausbau der Bildungsinfrastruktur und –qualität notwendig, denn eine wirklich gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder an Bildungsangeboten muss **alle** Kinder erreichen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist unverzüglich auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen und schnell zu korrigieren.

4. Erwerbstätigkeit

Der Bericht stellt heraus, dass Erwerbstätigkeit die Grundlage des allgemeinen Wohlstands in Deutschland und wesentliche Voraussetzung für Teilhabe ist.

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein zentraler Risikofaktor für

- relativ geringes Einkommen
- eingeschränkten Lebensstandard
- schlechteren Gesundheitszustand.

Außerdem wirkt sich Langzeitarbeit negativ auf die Bildungs- und Ausbildungschancen der Kinder aus.

Auch bei einem Geringqualifizierten, der in Vollzeit arbeitet, sollte der Verdienst zur Sicherung seines Lebensunterhalts ausreichen.

Die Evaluierung der bestehenden branchenbezogenen Mindestlöhne hat gezeigt, dass diese nicht zum Abbau von Beschäftigung geführt haben.

2010 arbeiteten knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro.

Die sich in den nächsten Jahren abzeichnenden Fachkräfteengpässe können die Arbeitsmarktchancen auch im Niedriglohnbereich verbessern.

Während die Lohnentwicklung im oberen Einkommensbereich in Deutschland positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat damit zugenommen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben reale Entgeltverluste zu verzeichnen.

Der Anteil von atypischer Beschäftigung (Teilzeit, befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit) hat sich zwischen 2000 und 2010 von 20 Prozent auf 25 Prozent erhöht.

Bewertung

Die Risiken von Langzeitarbeitslosigkeit werden zutreffend dargestellt. Sehr fraglich ist, wie der beschworene Fachkräftemangel die Arbeitsmarktchancen im Niedriglohnbereich verbessern soll. Ein solcher Automatismus ist nicht zu erwarten. Denn es handelt sich um unterschiedliche Arbeitskräftepotentiale. Studien zeigen, dass in Zukunft vor allem Mitarbeiter für qualifizierte Arbeitsplätze nachgefragt werden. Un- oder angelernte Mitarbeiter werden es dagegen deutlich schwerer haben, eine Stelle zu finden. Vor diesem Hintergrund empfehlen Arbeitsmarktforscher, verstärkt in Bildung zu investieren.⁷

⁷ Fuchs, Johann; Zika, Gerd: Demografie gibt die Richtung vor. IAB-Kurzbericht 12/2010. <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1210.pdf>

Zur Verbesserung der Durchlässigkeit in den Arbeitsmarktsegmenten muss in Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung investiert werden. Im Rahmen der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind jedoch in diesem Bereich Rechtsansprüche abgeschafft und die Mittel im Milliardenbereich jährlich gekürzt worden.

Die Zahlen zur Ausbreitung des Niedriglohnbereichs und atypischer Beschäftigung sind erschreckend. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Einkommensspreizung zugenommen hat. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten mussten reale Entgeltverluste verzeichnen während die Entwicklung am oberen Ende der Verteilung besonders günstig war.

Da in Deutschland die Löhne jahrelang zu niedrig waren bzw. ein Großteil der Beschäftigten reale Entgeltverluste hinnehmen musste hat der Staat weniger Einnahmen erzielt und musste mit Transferleistungen wie Kinderzuschlag oder andere sozialstaatlichen Leistungen einen Ausgleich für Niedriglöhne schaffen.

Da gleichzeitig auch die durch Lohnzurückhaltung erzielten privaten Gewinne und großen Vermögen nicht ausreichend besteuert werden, ist das Resultat eine Verschuldung des Staates und damit wiederum eingeschränkter Spielräume um sozialstaatliche Leistungen zu finanzieren.

Im Bericht wird festgestellt, dass eine solche Einkommensverteilung das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung verletzt und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Einen grundlegenden Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung jedoch nicht. Vielmehr sieht sie hier nur eine bedingte Einflussmöglichkeit durch die Politik.

Dabei verdeutlichen die Zahlen, dass es sich bei den Beschäftigten im Niedriglohnsektor nicht mehr um einen kleinen Teil der Bevölkerung handelt sondern mittlerweile um einen nennenswerten Teil der Gesellschaft. Es gibt nicht nur mehr Arme sondern erheblich mehr Arme und Reiche. Auch um die gesellschaftliche Spaltung zu stoppen, sind dringend politische Maßnahmen zu ergreifen. Auch im Bericht wird festgestellt: „Der konstatierte Ungleichheitsanstieg in den auf Haushaltsebene äquivalenzgewichteten Erwerbseinkommen insbesondere von 1999 bis 2005 erfolgte parallel zum festgestellten Anstieg der Ungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen. In diesem Zeitraum kam es auch zu teilweise erheblichen Änderungen im Steuertarif. Sowohl Eingangs- und Spitzensteuersatz als auch die Progressionszone wurden gesenkt.“⁸

Trotz deutlicher Zustandsbeschreibung werden keine konkreten politischen Maßnahmen zum Abbau der Einkommensungleichheit abgeleitet, wie eine Änderung der Steuersätze.

Notwendig wäre auch eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes und die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns, der die Existenz sichert und Altersvorsorge erlaubt. Im ersten Entwurf des Berichts bekennt sich die Bundesregierung zur sozialen Marktwirtschaft und folgert noch, dass sich Arbeit lohnen sollte

⁸ 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand 21.11.2012, S. 335 f.

und der Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreichen soll. (S. XIX). Genau diese Prämisse findet sich in dem nun vorliegenden Entwurf nicht mehr wieder. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist aus ideologischen Gründen über Jahre verschleppt worden. Jetzt stellt sich heraus, dass ein Mindestlohn keine Arbeitslöhne vernichtet. Es ist zweifelhaft, ob das Konzept der Bundesregierung zur Festsetzung einer marktwirtschaftlich orientierten Lohnuntergrenze hier zielführend ist.

Langzeitarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung und Beschäftigung im Niedriglohnbereich werden nicht als Risiko für Altersarmut gesehen. Vielmehr wurde die rentenrechtliche Absicherung der Arbeitslosigkeit durch die Bundesregierung gestrichen und damit Altersarmut sozusagen vorprogrammiert. Auch eine Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos ist für Langzeitarbeitslose nicht mehr gegeben. Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag genannten Absicht, der steigenden Altersarmut zu begegnen, ist die Streichung der Rentenbeiträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger der genau entgegengesetzte Weg.

5. Erwerbstätigkeit von Frauen, Armutsrisiken in Familien

Frauen gelingt es deutlich seltener und in zeitlich geringerem Umfang erwerbstätig zu sein als Männern.

Als Problem wird die Erwerbsunterbrechung und -reduzierung

- durch Kindererziehung sowie
- durch Pflege

gesehen.

Vorrangige Ursache für die ungleiche Erwerbsbeteiligung ist die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Überdurchschnittlich betroffen von Armutsrisiken sind Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund.

Bewertung

Als Maßnahmen nennt die Bundesregierung verschiedene Gesamtaktivitäten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“, das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“, 77 Projekte im Rahmen des Ideenwettbewerbs „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ usw.

Hierbei handelt es sich in erster Linie um Projekte, Ideenwettbewerbe oder kleinere Maßnahmen. Um aber das Armutsrisiko von Frauen, insbesondere von Alleinerziehenden und ihren Kindern, zu senken und zu vermeiden sind voneinander unabhängige Projekte und Ideenwettbewerbe nicht überzeugend.

Die Lohndiskriminierung von Frauen wird nicht thematisiert. Dabei liegen die Erwerbseinkommen von Frauen in Deutschland im Durchschnitt mindestens 20 Prozent unter denen von Männern. Deutschland nimmt zusammen mit Österreich und Großbritannien unter den EU-Staaten einen der letzten Rangplätze im Hinblick auf die

Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern ein.⁹ Auch hier sieht die Bundesregierung keinen politischen Handlungsbedarf.

Der Bericht stellt fest, dass die vorrangige Ursache der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen die unzureichenden Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Seitens des Bundes, der Länder und Kommunen wurden bereits erhebliche Anstrengungen unternommen um die Kindertagesbetreuung für Kinder im Alter unter drei Jahren massiv auszubauen. Gleichzeitig wird aber ein Betreuungsgeld eingeführt, welches vollkommen in die falsche Richtung geht. Hierzu bedarf es keiner ausführlichen Evaluation. Die Mittel für das Betreuungsgeld sollten vielmehr für den Aufbau ausreichender Betreuungseinrichtungen verwendet werden. Angesichts längerer Erwerbsunterbrechungen durch Pflege und Kindererziehung bei Frauen sowie ihrer Lohndiskriminierung wären vielmehr auch Konsequenzen zur Prävention von Altersarmut bei Frauen zu ziehen.

Auch für die Pflegezeit muss ein Rechtsanspruch eingeräumt werden. Notwendig ist die Einführung einer Lohnersatzleistung bei Pflege. Denn gerade Frauen, die oft in Teilzeit arbeiten und ein entsprechend geringes Einkommen verfügen, können es sich gar nicht leisten auf einen Teil davon zu verzichten.

6. Lebenslanges Lernen

Der Bericht hebt hervor, dass die Teilhabechancen von jungen Menschen mit Blick auf die Berufsausbildung und den Arbeitsmarkt für jene am geringsten sind, die keinen Schulabschluss haben. Ähnlich schlechte Chancen haben Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss. Für Kinder in Familien mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle sei die relative Chance, die Hauptschule statt eines Gymnasiums zu besuchen, um ca. 65 Prozent höher.

An betrieblichen Maßnahmen der Weiterbildung nehmen Arbeitnehmer ohne oder mit niedrigem Berufsabschluss immer noch deutlich seltener teil. Auch Ältere zwischen 50 und 64 Jahren beteiligen sich seltener.

Bewertung

Der Bericht konstatiert zutreffend für jede Lebenslage die Bedeutung der Bildung zur Prävention von Armut.

Als Maßnahmen um Bildungschancen zu eröffnen, werden modellhafte Berufseinstiegsbegleitung, das Berufsvorbereitungsjahr und andere Programme benannt.

Im Jahr 2008 haben 65.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen, in 2007 hatten rund 1,5 Millionen junge Menschen keinen Ausbildungsabschluss. Der

⁹ Gender Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/3-Erwerbseinkommen-von-frauen-und-maennern/3-2-einkommensunterschiede-im-europaeischen-vergleich.html>

entscheidende Schlüssel zum Zugang zum Arbeitsmarkt ist die Bildung. Gerade in Deutschland hängt der Bildungserfolg stärker als in vielen anderen Industrieländern von der sozialen Herkunft ab.

Ein ungerechtes Bildungssystem trägt zur Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche bei und gefährdet damit den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Eine nachhaltige Bildungspolitik muss statt einzelner Programme darauf abzielen, gerechte Bildungschancen für alle innerhalb des föderalen Systems zu ermöglichen.

Bildung ist aber nicht der alleinige Schlüssel gegen Armut. Denn auch niedrige Einkommen haben einen signifikanten Einfluss auf die Bildungschancen von Kindern. Armut führt zu ungleichen Startchancen von Kindern und Jugendlichen,- zeigt auch die Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS).

Notwendig sind deshalb auch politische Maßnahmen gegen Kinderarmut. Kinderarmut bedeutet aber auch Familienarmut. Daher ist es ebenfalls notwendig, die Ausbreitung des Niedriglohnsektors zu stoppen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Denn nur verbesserte materielle Bedingungen führen zu gleichen Bildungschancen.

Ältere Beschäftigte sind in der betrieblichen Weiterbildung erschreckend unterrepräsentiert. Hier sind auch die Arbeitgeberverbände und -Kammern gefragt, ihren angeschlossenen Betrieben die Weiterbildung der älteren Beschäftigten angesichts des drohenden Fachkräftemangels nahe zu bringen, statt mehr Freizügigkeit beim Zuzug ausländischer Fachkräfte von der Politik einzufordern.

7. Gesundheit

Der Bericht führt aus, dass Personen mit niedrigen Einkommenspositionen stärker von gesundheitlichen Einschränkungen betroffen sind als Menschen mit mittleren oder hohen Einkommen. Krankheit erhöht damit das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Im Falle von Krankheit sinken die Wiederbeschäftigungschancen. Eine Erwerbsunfähigkeit kann zu einem relativ geringen Einkommen führen.

Der Bericht stellt auch fest, dass Menschen mit niedrigem Einkommen im Krankheitsfall eingeschränkte Konsum- und Pflegemöglichkeiten haben. Viele Dienstleistungsangebote und Hilfsmittel würden jedoch zusätzliche Aufwendungen notwendig machen, die über das von der Krankenversicherung übernommene Niveau hinausgehen (Zuzahlungen usw.).

Bewertung

Mit der Förderung von Kindergesundheit und der Entwicklung von Qualitätsstandards für Maßnahmen der Gesundheitsförderung wurde als politische Handlung versucht, einen sozialen Ausgleich der Gesundheitschancen zu erreichen. Hinreichend sind die Maßnahmen jedoch nicht.

Notwendig ist vielmehr die Schaffung eines Präventionsgesetzes als eigenständige Säule neben Akutbehandlung, Rehabilitation und Pflege. Der Rechtsanspruch auf Rehabilitation muss von den zuständigen Leistungsträgern umgesetzt werden. Das Reha-Budget muss abgeschafft werden. Finanzielle Fehlanreize, die die Gewährung von Rehabilitationsmaßnahmen be- oder verhindern, müssen durch Anreize ersetzt werden. Für geriatrische Patienten muss der frühestmögliche Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen sichergestellt werden.

Längsschnittstudien, welche den Zusammenhang zwischen Einkommenseinbußen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit untersuchen existieren kaum. Deutlich wurde aber, dass dieser Einfluss sehr stark zutage tritt.¹⁰

Daher ist es entscheidend, entsprechend dem unbestrittenen Zusammenhang Armut-Bildung-Gesundheit, politische Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen einerseits und gegen Armut andererseits folgen zu lassen. Dazu gehört die ausreichende Ausstattung für Gesundheitsbedarfe im Regelbedarf für Bezieher von Arbeitslosengeld II und für Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Gerade in der Grundsicherung für Ältere fehlen Leistungen für erhöhte Gesundheitsbedarfe und entsprechende Mobilitätsbedarfe.

8. Existenzsicherung im Alter

Der Bericht gibt an, dass die Einkommen- und Vermögenssituation der Älteren von heute überdurchschnittlich gut sei und stellt sogar fest „... dass Bedürftigkeit im Alter heute kein akutes Problem darstellt (...).“¹¹

Die künftigen Bedürftigkeitsrisiken würden entscheidend von der langfristigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie der familiären Situation und dem Erwerbs- und Vorsorgeverhalten der Menschen abhängen.

Gerade bei Niedrigverdienern kann es trotz langjähriger Beitragszahlung zu relativ geringen Rentenansprüchen kommen. Kürzere Kindererziehungszeiten und Pflege würden in die gleiche Richtung wirken.

Die zusätzliche Vorsorge wird in Zukunft wichtiger werden. Denn die aus Gründen der Generationengerechtigkeit erforderliche Absenkung des Sicherungsniveaus in der Rentenversicherung muss ausgeglichen werden.

Noch in dieser Legislaturperiode sollen konkrete Verbesserungen für eine Lebensleistungsrente geschaffen werden, die nicht beitrags-, sondern steuerfinanziert wird. Dafür wird die Bundesregierung die Bewertung der Beitragszeiten für Frauen, die Kinder erzogen und/oder Pflegeleistungen erbracht haben, für Erwerbsgeminderte und Menschen mit geringen Einkommen verbessern. Die Grenze der Höherbewertung befindet sich dabei knapp oberhalb der Grundsicherung. Die Regelungen werden so gestaltet, dass sich zusätzliche private Vorsorge für gesetzlich Rentenversicherte lohnen soll. Voraussetzung für die Verbesserung ist, dass mindestens 40 Jah-

¹⁰ Lampert T, Kroll LE (2010) Armut und Gesundheit Hrsg. Robert Koch-Institut Berlin GBE kompakt 5/2010 www.rki.de/gbe-kompakt (Stand: 01.12.2010)

¹¹ 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand 21.11.2012, Seite 298.

re in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und privat vorgesorgt worden ist.

Die Bundesregierung will prüfen, inwieweit es finanzielle Spielräume gibt, Müttern mit mehreren Kindern, welche vor 1992 geboren wurden, zusätzliche Entgelte zu ermöglichen. Nicht obligatorisch abgesicherte Selbstständige können im Alter ein Bedürftigkeitsrisiko haben, wenn sie für das Alter nicht ausreichend vorgesorgt haben. Deshalb wird die Bundesregierung Reformen auf den Weg bringen, damit auch Selbstständige vorsorgen, um später nicht auf die Grundsicherung im Alter oder Leistungen des SGB XII angewiesen zu sein.

Eine Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente soll auf lange Sicht zu höheren Zahlbeträgen im Fall des Verlusts der Erwerbsfähigkeit führen. Die Bundesregierung plant noch in dieser Legislaturperiode konkrete Verbesserungen für eine Lebensleistungsrente zu schaffen, die u. a. auch eine Besserbewertung der Beitragszeiten für Erwerbsgeminderte umfassen soll.

Bewertung

Bei der von der Regierungskoalition geplanten Aufstockung von Armutsrenten sollen noch höhere Hürden eingeführt werden als bei der Zuschussrente der Bundesarbeitsministerin. Die sogenannte „Lebensleistungsrente“ soll nur dann gewährt werden, wenn nunmehr 40 Beitragsjahre und zusätzlich private vorgesorgt wurde. Nach Angaben der Bundesregierung sollen 2 Prozent der Geringverdienenden eine Aufstockung erhalten, die 10 bis 15 Euro über der Grundsicherung liegt.

Bestandsrentner sollen überhaupt keine Leistungen erhalten. Für Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Erwerbsgeminderte sind 40 Jahre Beitragszeit eine viel zu hohe Hürde. Dies gilt insbesondere für Frauen. Nicht sachgerecht ist ebenfalls, dass quasi ein Zwang geschaffen werden soll, private Vorsorge zu betreiben. Zehn Jahre Erfahrung mit der Riester-Rente zeigen, dass gerade Geringverdiener die private Vorsorge nicht in Anspruch nehmen, weil sie sich die Beiträge nicht leisten können oder weil die Riester-Rente in der Auszahlungsphase auf die Grundsicherung angerechnet wird.

Primäre Forderung des VdK ist es deshalb, dass vorrangig sichergestellt werden muss, dass das Rentenniveau nicht noch weiter absinkt. Hierzu ist es notwendig, dass die Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel gestrichen werden, so dass die Renten wieder den Löhnen folgen und die Kaufkraftverluste für Rentner weitgehend vermieden werden können. Weiter notwendig ist, dass Zeiten von Arbeitslosigkeit wieder rentenrechtlich bewertet werden und geringe Verdienste nach den Grundsätzen der Rente nach Mindesteinkommen für Zeiten nach 1992 höher bewertet werden.

Die Rentenpolitik der letzten beiden Jahrzehnte mit Leistungsver schlechterungen und permanenten Rentenniveauabsenkungen wird im Bericht nicht als Armutsrisiko gesehen. Die Argumentation für die Absenkung des Rentenniveaus ist nicht nachvollziehbar. Die Absenkung des Rentenniveaus bedeutet nicht Generationengerechtigkeit, sondern für den Bestandsrentner eine geringere Rentenanpassung und für die Jüngeren im Alter eine geringere Rente. Zudem haben zehn Jahre Erfahrung mit der Riester-Rente gezeigt, dass es nicht gelingt, die Niveauabsenkung durch freiwillige Vorsorge auszugleichen.

Weitergehender Handlungsbedarf besteht darüber hinaus bei der Erwerbsminderungsrente. Hier müssen die Leistungen durch Streichung der Abschläge verbessert und der Zugang erleichtert werden. Der VdK bleibt bei seiner Forderung nach einer Abschaffung der systemwidrigen Abschläge. Anders als bei vorgezogenen Altersrenten besteht bei einer schicksalhaft bedingten Erwerbsminderung keine Alternative zur Erwerbsminderungsrente.

Langzeitarbeitslosigkeit und Erwerbsminderung werden im Bericht nicht als Armutsrisiko gesehen. Dabei es keineswegs so, dass die „Bedürftigkeit im Alter heute kein Problem“ darstellt. Der Bericht verharmlost, dass bundesweit 400.000 Rentner und Rentnerinnen Grundsicherung im Alter beziehen. Daneben liegt die Zahl zur verdeckten Armut nochmal doppelt so hoch, gut zwei Drittel der anspruchsberechtigten Älteren verzichten - aus Unkenntnis, Scham oder sonstigen Gründen - auf die ihnen zustehende Grundsicherung im Alter. Von den rund 1.075.000 Menschen mit Anspruch auf Grundsicherung im Jahr 2007 bezogen 734.000 keine Leistungen.¹²

Das bedeutet, Altersarmut ist heute bereits ein Problem. Altersarmut wird auch daran deutlich, dass die Zahl der Rentner und Rentnerinnen unter den Mini-Jobbern drastisch gestiegen ist. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Ruheständler mit einem Mini-job um knapp 60 Prozent also gut um 280.000 auf etwa 761.000 gestiegen. Insgesamt müssen damit mindestens einer Million alter Menschen um ihre Existenz kämpfen.

9. Vermögen

Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen 1992 und 2012 um über 800 Mrd. Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Im Durchschnitt über alle Haushalte werden 0,36 Prozent des Monatseinkommens gespendet, im höchsten Einkommensdezil sind es 0,57 Prozent.

Bewertung

Der Bericht macht die Verteilungsprobleme in Deutschland sowohl beim Einkommen als auch beim Vermögen deutlich. Als mögliche Maßnahme prüft die Bundesregierung laut Bericht, ob und wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann. Diese Aussage fand sich aber nur im ersten Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes.

Der Bericht stellt fest, dass das Privatvermögen sehr ungleich verteilt ist. Es zeigt sich, dass Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens verfügen, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen. Der Anteil des obersten Dezils ist dabei im Zeitverlauf immer weiter ange-

¹² Vgl.: Irene Becker: Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter. In: Zeitschrift für Sozialreform 2/2012.

stiegen.¹³ Das heißt, dass trotz Finanzkrise die Reichen reicher geworden sind und die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme fortgeschritten ist. Ebenso zeigt sich eine dramatische Spreizung bei der Entwicklung der Erwerbsbeinkommen: Während im oberen Bereich in den Jahren 1998-2008 eine positive Lohnentwicklung erkennbar war, haben die untersten 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten reale Verluste erleiden müssen.¹⁴ Der Bericht gibt an, dass es nach dem European Social Survey (ESS) in der deutschen Bevölkerung eine seit 2002 deutlich wachsende Zustimmung gibt zu Maßnahmen, die die Einkommensunterschiede verringern gibt. Das bedeutet, dass eine solche zunehmende Spreizung der Einkommen und Vermögen von der Bevölkerung nicht als gerecht empfunden wird.

Die Zahlen und die Umfragen bei der Bevölkerung machen deutlich, dass politischer Handlungsbedarf für eine steuerliche Umverteilung besteht, die dem Staat wieder Spielraum für eine aktive Sozialpolitik schafft. Nur durch die Deregulierung und Liberalisierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es zu einer solchen ungleichen Vermögensverteilung gekommen. Gerade die Wirtschafts- und Bankenkrise hat die hohe Staatsverschuldung verursacht. Der Bericht gibt per saldo seit 1991 einen Rückgang des staatlichen Reinvermögens an: 1991 wurde das staatliche Reinvermögen noch auf einen Wert von knapp 800 Mrd. Euro berechnet. Ende 2007 lag es bei 186,4 Mrd. Euro, Ende 2011 belief sich das staatliche Reinvermögen rechnerisch auf nur noch rund 11,5 Mrd. Euro. (Bericht Seite 47)

Diesem Rückgang des staatlichen Reinvermögens stehen beträchtliche Vermögenszuwächse im privaten Sektor gegenüber. Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Ende 1991 und Ende 2011 um knapp 800 Mrd. Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nominal von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt – im Verhältnis zur jeweiligen Wirtschaftsleistung stieg es in diesem Zeitraum vom Drei- auf das Vierfache. Das bedeutet, dass einer kontinuierlichen Staatsverschuldung eine Einkommens- und Vermögenskonzentration zugunsten der Reichen gegenübersteht.

Daher wäre es notwendig, die vor bald 20 Jahren ausgesetzte Vermögenssteuer in modifizierter Form wieder einzuführen. Erforderlich ist darüber hinaus eine befristete Vermögensabgabe auf hohe Vermögen, um die Verschuldung der öffentlichen Haushalte abzubauen und entsprechende Ausgaben für sozialstaatliche Aufgaben zu ermöglichen. Nur so kann die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gestoppt werden und damit für einen Zusammenhalt aller in der Gesellschaft gesorgt werden.

¹³ 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Stand 21.11.2012, Seite 346.

¹⁴ http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.410473.de/12-43.pdf